

**Wahlprüfsteine Sozialverband Deutschland (SoVD)  
Antworten des Kreisverbandes Braunschweig von  
Bündnis 90/Die Grünen**

**Inklusion**

*Was haben Sie bisher zur Umsetzung der UN-Behindertenkonvention auf kommunaler Ebene unternommen und was werden Sie weiterhin tun, damit Inklusion in allen Bereichen auf kommunaler Ebene Wirklichkeit wird? Gibt es bereits einen Aktionsplan und in welchen Zeitrahmen wollen Sie konkrete Schritte zu Umsetzung der gesetzlichen Verpflichtung unternehmen?*

Bei der strukturierten Umsetzung der UN-Behindertenkonvention auf kommunaler Ebene sind die Kommunen auch auf die Hilfe der Bundes- und Landesebene angewiesen. Insofern begrüßen wir, dass das Land Niedersachsen ein Förderprogramm aufgelegt hat, mit dem kommunale Projekte zur Verwirklichung gleicher Teilhabechancen unterstützt werden können.

Die Stadt Braunschweig hat bereits im Jahr 2015 unter dem Titel „Braunschweig inklusiv“ eine Leitlinie zur gleichberechtigten Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger verabschiedet.

Wichtig ist es aus unserer Sicht, dass wir nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg entscheiden, sondern möglichst alle Maßnahmen im Konsens und unter Beteiligung der Betroffenen durchführen. In diesem Zusammenhang möchten wir ausdrücklich die Arbeit des Behindertenbeirats der Stadt Braunschweig loben, der sich immer kompetent und konstruktiv in die politischen Entscheidungsprozesse eingebracht hat.

**Barrierefreiheit**

*Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass bei allen Planungen der Daseinsvorsorge ein besonderes Augenmerk auf die Barrierefreiheit gelegt wird?*

*Finden entsprechende Überlegungen z.B. bei der Erarbeitung von Bauleitplänen Berücksichtigung?*

Alle neu zu errichtenden Gebäude und somit auch alle öffentlichen Gebäude müssen die Anforderungen der Niedersächsischen Bauordnung (§ 49 NBauO) in punkto Barrierefreiheit erfüllen. Dies wird natürlich auch bei

der Bauleitplanung entsprechend berücksichtigt. Alle Vorlagen der Verwaltung in Braunschweig zum Um- oder Neubau von städtischen Gebäuden enthalten darüber hinaus immer auch einen entsprechenden Abschnitt zu Inklusionsmaßnahmen, so dass dieses Thema bei allen Entscheidungen berücksichtigt wird.

## **Bildung**

*Was werden Sie tun, damit die inklusive Schule endlich in der Praxis umgesetzt wird und wenn ja, in welchen Zeitrahmen?*

*Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen zur Verfügung stehen, um eine hohe Qualität inklusiver Bildungsangebote zu gewährleisten?*

Bereits seit dem Schuljahr 2013/2014 wurden die Vorgaben des Landes zur inklusiven Beschulung in Braunschweig zunächst durch die Festlegung sog. Schwerpunktschulen erfüllt. Im Moment laufen an diesen Schulen Baumaßnahmen, um Barrierefreiheit in vollem Maße zu gewährleisten. Diese Baumaßnahme sollen bis zum Jahr 2018 abgeschlossen sein. An etlichen anderen Schulen in Braunschweig gibt es bereits jetzt spezielle Inklusionsklassen. Darüber hinaus wird bis zum Ende des Jahres 2016 ein Schulentwicklungsplan vorgelegt, der weitere Aussagen zur schulischen Inklusion treffen wird.

Aus unserer Sicht sollten grundsätzlich alle Bildungsangebote eine hohe Qualität aufweisen, und wir haben uns in der Vergangenheit immer wieder dafür eingesetzt, dass im Rahmen der kommunalen Zuständigkeit eine möglichst hohe Qualität von der frühkindlichen Bildung an sichergestellt wird. Diese Bemühungen werden wir, auch im Hinblick auf inklusive Bildungsangebote fortsetzen.

## **Inklusion in den allgemeinen Arbeitsmarkt**

*Was werden Sie konkret tun, um die Arbeitsmarktchancen von Menschen mit Behinderung besser zu fördern?*

Das Land Niedersachsen hat für Beschäftigte in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit geschaffen, mithilfe des sog. Budgets für Arbeit einen Arbeitsplatz auf dem ersten Arbeitsmarkt anzunehmen. Mit dem Budget, dessen Höhe der bisherigen Vergütung des Werkstattträgers entspricht, können Menschen mit Behinderungen sich je nach individuellem

Bedarf diejenige Unterstützung organisieren, die sie für die Ausübung der Tätigkeit benötigen.

In Braunschweig ist in erster Linie die Stadtverwaltung als großer Arbeitgeber mit über 3.000 Beschäftigten aufgerufen, mit gutem Beispiel voranzugehen, und Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung in ausreichender Zahl zur Verfügung zu stellen.

### **Vereinbarkeit Familie und Beruf**

*Wie werden Sie dafür sorgen, dass auch in Ihrer Kommune dieses passgenaue und flexible Betreuungsangebot zur Verfügung steht?  
Welche Maßnahmen ergreifen Sie, damit Erzieher weiterqualifiziert werden und zusätzliches Personal bereitgestellt wird?  
Was werden Sie tun, damit sich zukünftig jeder eine Kinderbetreuung leisten kann (Stichwort: kostenfreie Kitaplätze)?*

Der quantitative und vor allem auch der qualitative Ausbau der Kinderbetreuung ist seit Jahren das große Schwerpunktthema der Grünen Ratsfraktion in Braunschweig. Dabei war es uns immer schon wichtig, die gesamte Betreuungskette von der Krippe über den Kindergarten bis hin zur Schulkindbetreuung in der Grundschule in den Blick zu nehmen. Während aufgrund des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz im Krippen- und Kitabereich zumindest rein rechnerisch genügend Betreuungsplätze zur Verfügung stehen, haben wir vor allem im Bereich der Schulkindbetreuung noch ein großes Ausbauprogramm zu bewältigen. Um sicherzustellen, dass ausreichend qualifiziertes Personal zur Verfügung steht, haben wir im Rahmen der letzten Haushaltsberatungen bei den Berufsbildenden Schulen angesetzt und uns mit einem Antrag durchsetzen können, der über entsprechende finanzielle Mittel sicherstellt, dass ausreichende Ausbildungskapazitäten zur Verfügung stehen. Alleine aus kommunalen Mitteln werden wir aber all das, was notwendig und wünschenswert wäre, nicht finanzieren können. Statt auf kostenfreie Kitaplätze zu setzen, haben wir uns deshalb dafür entschieden, eine Entgeltstaffel zu entwickeln, die über die gesamte Betreuungskette hinweg ausgewogene und sozial gerechte Entgelte vorsieht. So konnten wir es erreichen, dass ca. 50 % der Braunschweiger Familien am unteren Ende der Einkommensstaffel keine Entgelte für Krippe, Kindergarten und Schulkindbetreuung zahlen müssen.

### **Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit**

*Was werden Sie tun, um Langzeitarbeitslose besser zu fördern und ihre Arbeitsmarktchancen zu erhöhen?*

*Sind Sie bereit für am Arbeitsmarkt besonders benachteiligter Menschen öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse anzubieten, mit existenzsichernder Vergütung und humanen Arbeitsbedingungen?*

Während die Zahl der arbeitslosen Menschen insgesamt zurückgeht, bleibt die Zahl der langzeitarbeitslosen Menschen stabil. Etwa 100.000 Menschen in Niedersachsen sind betroffen. Auf Landesebene wird daher ein öffentlich geförderter Arbeitsmarkt diskutiert, um Arbeit statt Arbeitslosigkeit mit einem eigenen Landesprogramm zu finanzieren.

Aber natürlich sind bei diesem Thema auch die Kommunen gefragt, sich gerade um die Menschen zu kümmern, die oft komplexe Problemlagen (z.B. Drogen-, Alkohol- oder Spielsucht) mitbringen. Hierbei geht es nicht nur um die Schaffung von Beschäftigungsverhältnisse sondern um unterstützende Maßnahmen, mit denen Menschen zunächst befähigt werden, einer Beschäftigung nachzugehen.

## **Gesundheit**

*Wie werden Sie eine zuverlässige Gesundheitsversorgung für alle gewährleisten?*

*Gibt es entsprechende Aktionspläne, die die Versorgungsproblematik offenlegen und Lösungen anbietet?*

Um dem Fachkräftemangel in der Pflege zu begegnen, hat Niedersachsen bereits seit 2013 die Schulgeldfreiheit für Auszubildende in der Altenpflege umgesetzt. Auch die geplante Umlagefinanzierung der Ausbildungskosten durch alle Pflegeeinrichtungen wird zu einer weiteren Steigerung der Ausbildungszahlen führen.

Ein Großteil der niedersächsischen Landkreise und kreisfreien Städte werden mittlerweile im Rahmen des Projektes Gesundheitsregionen vom Land gefördert und können die gesundheitliche Versorgung somit regional koordinieren und individuell gestalten.

Auf kommunaler Ebene wollen wir, dass Braunschweig die Möglichkeit nutzt, der Rahmenvereinbarung zur Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für geflüchtete Menschen beizutreten, die diesen einen unbürokratischen und diskriminierungsfreien Zugang zu medizinischer Versorgung gewährleistet. Ein entsprechender Antrag der Grünen Ratsfraktion befindet sich aktuell im Gremienlauf.

## **Pflege**

*Welche Maßnahmen ergreifen Sie bzw. haben Sie bereits ergriffen, um eine bedarfsgerechte pflegerische Versorgung und Infrastruktur sicherzustellen?*

Die Pflegeinfrastruktur in Niedersachsen ist sehr gut (siehe Landespflegebericht). Nahezu alle Regionen sind ausreichend mit ambulanten und stationären Angeboten versorgt. Das Land hat ein Förderprogramm zur qualitativen Verbesserung der ambulanten Versorgung im ländlichen Raum aufgelegt. Mit der Novelle des Heimgesetzes sind zudem die Voraussetzungen für die Gründung neuer Versorgungsformen im Alter geschaffen worden, die auch neue Perspektiven für die Versorgung im ländlichen Raum bieten. Das Thema pflegerische Versorgung wird auch in vielen Gesundheitsregionen bearbeitet.

## **Armut und Altersarmut**

*Welche konkreten Schritte wollen Sie unternehmen, um die Armutsentwicklung zu bekämpfen, damit Menschen, die einen Anspruch auf Grundsicherung haben, ihr Recht auch in Anspruch nehmen und damit der verschämten Armut entgegenzutreten?*

*Wie setzen Sie sich dafür ein, dass die Mütterrente nicht auf die Grundsicherungsleistungen angerechnet wird?*

Armut hat viele Ursachen, für deren Bekämpfung wir uns auf Bundesebene immer wieder einsetzen. So halten wir bspw. die Hartz IV-Regelsätze für nicht existenzsichernd und verfassungswidrig. Daher fordern wir seit langem eine deutliche Erhöhung der Regelsätze und eine Abschaffung der Sanktionen. Außerdem halten wir zur Bekämpfung der Erwerbsarmut eine weitere Erhöhung des Mindestlohnes für notwendig. Die Anrechnung von Mütterrente, Kindergeld und anderen Sozialleistungen auf Grundsicherungsleistungen halten wir für zynisch, denn sie ist ungerecht und verschärft die Situation für die Betroffenen zusätzlich. Grundsicherungsleistungen sind Angelegenheit des Bundes, sodass Kommunen hier keinen Einfluss auf die Ausgestaltung nehmen können.

## **Bauen und Wohnen**

*Was wollen Sie tun, damit mehr bezahlbare und barrierefreie Wohnungen gebaut werden?*

Das Land hat neben den regulären Bundesmitteln (zurzeit ca. 90 Mio. € jährlich) ein umfangreiches Wohnraumförderprogramm aufgelegt (ca. 400 Mio. €), um die Schaffung vor allem von bezahlbarem, aber auch von barrierefreiem Wohnraum zu unterstützen. Die Mittel können über die N-Bank beantragt werden. Darüber hinaus wird aktuell diskutiert, die Förderung bezahlbaren Wohnraums für niedrige Einkommen über zusätzliche Tilgungszuschüsse zu verstärken.

Wir wollen in Braunschweig sicherstellen, dass alle diese Möglichkeiten ausgeschöpft werden, können uns aber auch vorstellen, noch einen Schritt weiter zu gehen, und kommunale Mittel zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus einzusetzen. Unser erklärtes Ziel ist es, dass bei Neubaumaßnahmen 20 Prozent aller neu gebauten Wohnungen als Sozialwohnungen errichtet werden.

Ein entsprechender Antrag, den die Grünen gemeinsam mit der SPD entwickelt haben, wird aktuell in den politischen Gremien diskutiert.

### **Mobilität**

*Was wollen Sie tun, um der fortschreitenden Ausdünnung des ÖPNV-Angebotes entgegen zu wirken und das Angebot auszubauen?*

Wir freuen uns sehr darüber, dass das Land Niedersachsen unter der rot/grünen Landesregierung unserer Region deutlich mehr Mittel zur Verfügung stellt, um das ÖPNV-Angebot ausbauen und attraktiver gestalten zu können. Davon kann auch Braunschweig profitieren, indem z.B. neue Bahnhaltedpunkte (Leiferde, Bienrode, und Weststadt/Broitzem) eingerichtet oder bestehende (Gliesmarode) attraktiver gestaltet werden.

Generell wünschen wir uns für eine Großstadt wie Braunschweig eine Stärkung des ÖPNV, z.B. durch den Ausbau des Straßenbahnnetzes (das sog. Stadtbahnausbaukonzept, an dem die Grünen maßgeblich beteiligt waren, wird aktuell weiter ausgearbeitet), aber auch durch eine Verkürzung der Takte und eine Verbesserung der Serviceangebote.

Eine Ausdünnung der ÖPNV-Angebotes, die in vielen ländlich geprägten Regionen leider zu beobachten ist, hat es in Braunschweig bislang nicht gegeben.

### **Frauenhäuser und Beratungsstellen**

*Welche Maßnahmen und Schritte werden Sie ergreifen, um einen zuverlässigen und wirksamen Opferschutz zu gewährleisten bzw. auf Bundesebene umzusetzen?*

*Wie stellen Sie die bedarfsgerechte und zuverlässige Finanzierung des Gewaltschutzes, barrierefreie Zugänge, sichere Räume für die Gewaltberatung und bezahlbaren Wohnraum für betroffene Frauen und Kinder sicher?*

In diesem Bereich wird in Braunschweig eine hervorragende Arbeit von vielen freien Trägern, Vereinen und Verbänden geleistet, die zum Teil Pflichtaufgaben im Namen der Kommune übernehmen. Eine Stärkung dieser freien Träger war und ist uns ein besonderes Anliegen und wir werden uns auch in Zukunft dafür einsetzen, dass die erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen. So wurde auf unsere Initiative hin ein Beschluss gefasst, der die automatische Dynamisierung der jährlichen Zuschüsse für diese freien Träger und eine Anpassung an die Lohnentwicklung und Preissteigerungsrate vorsieht.

### **Erschließungskosten**

*Welche Schritte unternehmen Sie um zu verhindern, dass es zu einer derartigen Belastung (bei Straßenausbaubeiträgen) gerade für ältere Menschen kommt?*

In Braunschweig werden diese Fragen in der Straßenausbaubeitragssatzung geregelt. Diese Satzung sieht vor, dass Ausbaubeiträge zur Vermeidung unbilliger Härten gestundet, in Raten gezahlt oder sogar ganz entfallen können. Einen darüber hinausgehenden Handlungsbedarf sehen wir aktuell nicht.